

Newsletter - Weltwoche etc. 2023-39 - von Dr. H. Pöltelt, in eine Datei von Dr. M. Lindner

Liebe Freunde / Mitstreiter für Vernunft, wissenschaftliche Fakten, Freiheit, Demokratie, liebe weitere Interessierte, werte Parlamentarier / Politiker, Presse (in BCC) ... auch zu Ihrer Info, anbei weitergeleitet der Newsletter 2023-39 von Dr. Pöltelt - s. Anhang und seine Zusammenfassung s.u. Wieder keine Ergänzung oder Kommentar von meiner Seite.

Ein jeder lese / höre und denke selbst und bilde sich seine eigene Meinung ...

MfG

Dr. Martin Lindner

1. Vorsitzender der Bürger für Technik e.V.

<https://buenger-fuer-technik.de>

https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/12/BfTFlyer_V1.3_1122.pdf

und wer uns beitreten / unterstützen möchte

https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf

IBAN DE75 4266 1008 0905 8882 05

ps **Wir, die Bürger für Technik e.V.** sind ein deutschlandweit tätiger, naturwissenschaftlicher Verein dem die Themen **Bildung und Energie** besonders am Herzen liegen und sehen mit großer Sorge wie was in Deutschland gerade bei diesen beiden Themen, aber auch darüber hinaus passiert. Wir vertreten aber **mit klarer Kante wissenschaftlich basierte Fakten** und Meinungen und werden nicht schweigend / tatenlos zusehen, wie unser Land mit nicht evidenz-basierten Ideologien an die Wand gefahren wird. Dies gilt für die Themen Bildung, Energie / Klima ebenso wie für "Corona" etc. ...

Wind- und Solarkraftwerke können Kern-, Gas- und Kohlekraftwerke nicht ersetzen! Alleine mit Sonne und Wind kann keine moderne Volkswirtschaft zuverlässig mit Strom versorgt werden - **Stichwort Dunkelflauten**. Denn das Kardinalsproblem, dass **Strom nicht in relevanter Menge speicherbar** ist, ist ungelöst, wird totgeschwiegen und nicht durch den Bau von immer mehr Windrädern und Solarpanelen gelöst. ...

Und es wird keine Weltklimakatastrophe geben - jedenfalls nicht in Kürze wegen menschengemachtem CO₂. Dies ist nicht schädlich, sondern im Gegenteil essentiell - **CO₂ ist das Gas des Lebens** für die Pflanzen und damit für alles Leben auf der Erde. Bei zu niedriger CO₂-Konzentration (< 0,02 %) stellen die Pflanzen Ihr Wachstum ein. Derzeit haben wir ca. 0,04%. Zu Zeiten der Dinosaurier war der CO₂-Gehalt ca. 10 mal so hoch. Deswegen waren Pflanzen und Tiere sehr viel größer als heute und Gewächshäuser werden vielfach mit CO₂ begast - Klimakatastrophe? Nein.

ps2 **Neben unser eigenen Tagung** - s. <https://buenger-fuer-technik.de/aktuelles/> nächste Woche, 2.&3.10.23 in Hannover möchten wir auch auf **Konferenzen von Anderen, Mitstreitern** hinweisen, nämlich www.akademie-bergstrasse.de/kernenergie-tagung-2023 und <https://www.energie-naturschutz.de/veranstaltungen/energiewende-schon-am-ende-neues-zur-ganzheitlichen-bilanzierung-der-energiewende>

----- Original Nachricht -----

Betreff: Die WELTWOCHEN Nr.39/2023 vom 28.September 2023 - Auszüge ua.

Datum: 28.09.2023 11:24 (GMT +02:00)

Von: Dr. Helmut Pöltelt <He.Poeltelt@t-online.de>

An: He.Poeltelt@t-online.de

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat den westlichen Staaten während der UN-Vollversammlung in New York ihre Unterstützung für die Ukraine vorgeworfen, "direkt" gegen Russland zu "kämpfen".

Der Publizist Werner Rügemer äußert sich im Gespräch mit den Deutschen Wirtschaftsnachrichten zum Anspruch der USA, alleinige Weltmacht zu sein und zu den Kräften, die hierbei im Hintergrund am Wirken sind. Zudem erklärt er, warum die Ukraine dabei so eine gewichtige Rolle spielt.

Die DNA der Wissenschaft verteidigen! Die Wissenschaftsfreiheit findet sich nicht nur in Artikel 5 Abs. 3 des Grundgesetzes, sondern auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem UN-Menschenrechtsabkommen. Doch auch wenn die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland heute kaum noch Übergriffe von Staatsseite zu fürchten haben, bleibt der Kampf um die tatsächliche Freiheit der Wissenschaft eine Aufgabe. Eine Aufgabe, die insbesondere die liberale und demokratische Mitte annehmen sollte.

Vor einem Jahr wurden die Nord-Stream-Pipelines gesprengt. Die Bundesregierung ist an Aufklärung nicht interessiert, sondern zelebriert die Freundschaft mit den als Tätern in Frage kommenden Staaten. So haben sich in der Vergangenheit nur Kolonien gegenüber ihren Kolonialmächten verhalten.

Wirtschafts- und Energiepolitik, Migration, Außenpolitik – die Liste der Themen wird immer länger, bei denen die Grünen mit ihren Positionen allein dastehen. Nicht nur, dass sie in der Koalition zusehends isoliert sind, auch die Union hat inzwischen auf Bundesebene jeden Versuch der politischen Annäherung aufgegeben. Die Grünen sind auf dem Weg in die Einsamkeit.

Die Bundesregierung hat der Chemiebranche in einem Spitzengespräch Unterstützung zugesichert. Doch Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten fehlen. Eine ganze Wirtschaftsbranche ist enttäuscht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Pöltelt

Inhaltsverzeichnis

Separate pdf.Datei: 2023-09-26 FAZ DNA der Wissenschaft verteidigen - Wissenschaftsfreiheit

S.2 Westen ist im "direkten Kampf" mit Russland - von www.oe24.at

S.3 DWN-Interview: Wie die USA Europa eroberten MORITZ ENDERS,

S.7 Sprengung der Nord Streams: Wessen Interessen vertritt die deutsche Regierung? von Anti-Spiegel, Thomas Röper

S.10 Auf dem Weg in die Einsamkeit - von RALF JAKSCH

S.11 Chemiebranche enttäuscht: Energiekosten bleiben hoch - Deutsche Wirtschaftsnachrichten

xxx

Im Folgenden die ganzen Artikel:

Westen ist im "direkten Kampf" mit Russland

www.oe24.at, 24.09.2023

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat den westlichen Staaten wegen ihrer Unterstützung für die Ukraine vorgeworfen, "direkt" gegen Russland zu "kämpfen".

"Sie können es nennen wie Sie wollen, aber sie kämpfen mit uns, sie kämpfen direkt mit uns", sagte Lawrow am Samstag am Rande der UN-Vollversammlung in New York.

"Wir nennen es hybriden Krieg, aber das ändert nichts an der Wirklichkeit", fügte er hinzu und verwies auf Finanzhilfe, Bewaffnung und "Söldner" aus westlichen Ländern. Lawrow wurde bei einer langen Pressekonferenz am Sitz der Vereinten Nationen zur Verwicklung der USA in den Konflikt in der Ukraine befragt.

Biden will keine direkte Konfrontation mit Russland

US-Präsident [Joe Biden](https://www.oe24.at) hat wiederholt gesagt, dass er eine direkte Konfrontation mit Russland vermeiden will und keine US-Soldaten entsenden wird. Seine Regierung hat sich zudem von ukrainischen Angriffen auf Ziele innerhalb Russlands distanziert.

Die USA und europäische Staaten, die Kiew seit der russischen Invasion im Februar 2022 Waffensysteme liefern, wiederholen eindringlich, dass sie sich nicht im Krieg mit Russland befinden, sondern die Ukraine bei ihrer Verteidigung unterstützen.

Lawrow: Militärausrüstungen im Wert von Milliarden Dollar

Lawrow verwies hingegen auf Militärausrüstung im Wert von Milliarden Dollar für Kiew sowie auf die Unterstützung des US- und des britischen Geheimdienstes und die Präsenz westlicher Militärberater in der Ukraine. Der Westen "kämpft de facto gegen uns, nutzt die Körper von Ukrainern", sagte der russische Chefdiplomat weiter.

Lawrow äußerte sich am Rande der UN-Vollversammlung in New York, bei der sich alle Augen auf den ukrainischen Präsidenten [Wolodymyr Selenskyj](#) gerichtet hatten, der in New York zu größerer Unterstützung im Kampf gegen die Invasion aufgerufen hatte.

Lawrow betrat Saal erst, nachdem Selenskyj diesen verlassen hatte

Selenskyj hatte Moskau bei einer offenen Sitzung des UN-Sicherheitsrats am Mittwoch einen "verbrecherischen" Angriff auf sein Land und "Völkermord" vorgeworfen. Zudem forderte er, Russland das Vetorecht im Sicherheitsrat zu entziehen. Lawrow hatte den Saal erst betreten, nachdem der ukrainische Präsident diesen verlassen hatte.

Lawrow äußerte sich außerdem zu Vorschlägen von UNO-Generalsekretär António Guterres zur Wiederbelebung des aufgekündigten Abkommens zum Export ukrainischen Getreides. Diese bewertet Russland als nicht zielführend. "Wir lehnen sie nicht ab. Sie sind einfach nicht realistisch", sagte Lawrow. Er betonte dabei erneut, dass Russland trotz des nun ausgesetzten Deals nicht wie eigentlich vereinbart eigenes Getreide sowie Düngemittel habe ausführen können.

Guterres hatte Moskau vor einige Wochen detaillierte Vorschläge gemacht, damit Russland die erneute Blockade der Häfen im Schwarzen Meer beendet und das Abkommen wieder in Kraft setzt. In einem Brief schlug der UNO-Chef Lawrow vor, Moskau könne mit der Gründung einer Tochtergesellschaft durch die sanktionierte russische Landwirtschaftsbank für bestimmte Zahlungen wieder an das internationale Finanzkommunikationsnetzwerk SWIFT angebunden werden. In dem Schreiben ging es auch um die Versicherung russischer Schiffe bei der Ausfuhr, das Auftauen von eingefrorenem Vermögen der Düngemittelfirmen in Europa und die Erlaubnis für russische Schiffe, in europäische Häfen einzulaufen.

xxx

DWN-Interview: Wie die USA Europa eroberten

MORITZ ENDERS, 24.09.2023

Der Publizist Werner Rügemer äußert sich im Gespräch mit den Deutschen Wirtschaftsnachrichten zum Anspruch der USA, alleinige Weltmacht zu sein und zu den Kräften, die hierbei im Hintergrund am Wirken sind. Zudem erklärt er, warum die Ukraine dabei so eine gewichtige Rolle spielt.



Joe Biden, Präsident der USA, steigt vor dem Weißen Haus aus der Marine One. (Foto: dpa)

Deutsche

Wirtschaftsnachrichten: *In Ihrem neuen Buch „**Verhängnisvolle Freundschaft – Wie die USA Europa eroberten**“ beleuchten Sie die beiden Weltkriege und die Zeit dazwischen. Kann uns das Buch auch helfen, die aktuellen politischen Entwicklungen und Konflikte heute, nach dem Fall der Berliner Mauer,*

besser zu verstehen?

Werner Rügemer: Im Buch werden die Prinzipien des US-Staates dargestellt. Sie bestehen seit der Gründung darin: Die Grenzen und der Einflussbereich des ursprünglichen Staates werden im

„nationalen Interesse“ ständig erweitert, und zwar mit einer Kombination von Kapital und Militär, in immer neuen fremden Territorien, auch mithilfe von Völkermord und zivilen Opfern. So wurde vom kleinen Gründungs-Staat an der Ostküste zunächst ein großer Teil Nordamerikas kapitalistisch-militärisch erobert. Dann folgten der lateinamerikanische Hinterhof, dann Asien und Europa. Die „Monroe-Doktrin“ galt zunächst in Nordamerika – kein anderer Staat durfte dort intervenieren. Und heute gilt die modernisierte Monroe-Doktrin für die USA als „einzige Weltmacht“ im globalen Maßstab, angepasst an regionale, kontinentale Machtverhältnisse.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Aber wie war und ist das möglich?*

Werner Rügemer: Diese Praxis wurde und wird unterstützt durch eine Kombination von Prinzipien, Ideologien und Institutionen:

- das „nationale Interesse“ der USA bezieht sich tendenziell auf jeden Punkt der Erde, auf jede Person, jeden Staat, jedes Unternehmen, auch auf die Meere und den Weltraum:
- deshalb haben die USA als einziger wichtiger Staat kein Außenministerium, sondern nur ein State Department: So beschloss zum Beispiel 2019 der US-Kongress im „nationalen Interesse“ ein Gesetz zur Sicherheit der Energieversorgung Europas. Die USA beschließen also, wie die Energiesicherheit Europas auszusehen hat. Zur Begründung gehört: „Der Einfluss Russlands in Europa und Eurasien muss zurückgedrängt werden“!

Aber es geht noch weiter:

- die USA beanspruchen die globale Führung als „einzige Weltmacht“,
- die USA betreiben knapp 900 offizielle US-Militärstützpunkte rund um die Erde, auf allen Kontinenten, auf annektierten Inseln in allen Weltmeeren ebenso wie in etwa 60 Staaten. Sowas hat kein anderer Staat,
- die USA inszenieren sich zudem als „Gottes eigenes Land“ und beschwören ihre „Exzeptionalität“,
- die USA traten und treten für internationale Institutionen wie den Völkerbund, die UNO und die WTO ein, wurden dann aber beim Völkerbund nicht Mitglied – oder bauen zugleich neben UNO, WTO Weltgerichtshof eigene, von den USA geführte Institutionen auf wie die G7, eine eigene globale Strafjustiz, eine „Koalition der Willigen“ für bestimmte Kriege, oder „die internationale regelbasierte Ordnung“, mit der sie nachhaltig und global das geltende Völkerrecht verletzen.

Wichtig ist auch die professionelle Fake-Produktion: Die USA hatten seit der Gründung 186 Jahre lang ein Kriegs-Ministerium (War Department), das entspricht der Praxis. Aber mit dem endgültigen Beginn ihrer globalen militärischen Expansion, nach dem 2. Weltkrieg, benannten die USA 1947 ihr Kriegs-Ministerium in „Verteidigungs“-Ministerium um. Seitdem gilt jeder von den USA vorbereitete und durchgeführte Krieg als „Verteidigung“, wie jetzt in der Ukraine,

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Früher unterstützten die USA direkt oder indirekt, wie Sie schreiben, faschistische Regime wie das von Mussolini, Franco und Hitler. Heute singen sie das Hohelied auf „liberale Demokratien“. Ist das nicht ein radikaler Bruch in ihrer Außenpolitik?*

Werner Rügemer: Nach dem 1. Weltkrieg war die internationale sozialistische und Arbeiterbewegung für den Kapitalismus eine Systemgefahr, in den USA selbst und weltweit, vor allem in Europa durch die Gründung des ersten sozialistischen Staates, der Sowjetunion. Deshalb haben die Wall-Street-Banken und die international expandierenden US-Konzerne jeden Diktator in Europa unterstützt, der die Arbeiterbewegung erfolgreich vernichtete. Das waren Mussolini in Italien, Franco in Spanien, Hitler in Deutschland, auch etwa Salazar in Portugal, Metaxas in Griechenland, Pilsudski in Polen – und gleichzeitig feierten sich die USA als führende Demokratie.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Aber ging das denn so einfach? War das mit dem Anspruch der Demokratie vereinbar?*

Werner Rügemer: Da gibt es insbesondere in den USA ein hochentwickeltes Rollenspiel verschiedener Akteure: Die Regierung tritt öffentlich für Frieden, Völkerrecht und Frieden ein – und gleichzeitig machen, weniger öffentlich, Konzerne und Banken das Gegenteil.

Werner Rügemer ist Publizist, Referent und Sachbuchautor. (Quelle: Standard)

Erstes Beispiel: US-Präsident Woodrow Wilson war 1913 mit dem hochheiligen Versprechen gewählt worden, dass sich die USA aus dem Krieg, der sich in Europa anbahnte, herauszuhalten. Das galt bis 1917. Aber sofort mit Kriegsbeginn 1914



wurden Wall Street und US-Konzerne Kriegsparteien: Sie kreditierten die Kriegsführung der Alliierten, die die Rüstungsgüter in den USA kaufen mussten. Wilson gab weiter den Friedensengel. 1917 drängten dann Wall Street und Konzerne die Regierung in die auch militärische Kriegsteilnahme: Die Rückzahlung der Kredite sollte gesichert werden. So erklärte Wilson plötzlich den Krieg. Der gewendete Edel-Sozialist Walter Lippmann führte die schnell gegründete Regierungs-Kommission an, die nun hochprofessionell das Gegenteil

der bisherigen Doktrin verkündete und mit tausenden von Rednern landesweit für die Kriegsteilnahme Propaganda machte.

Zweites Beispiel: Unter US-Präsident Franklin Roosevelt beschloss der US-Kongress in den 1930er-Jahren drei Neutralitäts-Gesetze: Die USA bleiben bei den Konflikten in Europa neutral! Die Regierung blieb neutral, aber gleichzeitig rüsteten US-Konzerne Francos Militär aus und verhalfen ihm, zusammen mit Hitler und Mussolini zum Sieg über die Republik. Die Roosevelt-Regierung gehörte dann mit dem Vatikan und Hitler-Deutschland zu den ersten, die die faschistische Putsch-Regierung diplomatisch anerkannten und während des 2. Weltkriegs und lange darüber hinaus unterstützten.

Nach dem 2. Weltkrieg unterstützten die USA in Europa nachfaschistische Kapital-Demokratien. Aber erstens wie in der Bundesrepublik Deutschland haben die USA praktisch alle unternehmerischen Nazi-Aktivisten und Nazi-Profiture geschützt, haben sie weder bestraft noch enteignet noch ihre Gewinne eingezogen. Die USA verhinderten sogar auch die Rücknahme von Arisierungen. Unter Adenauer – unter Aufsicht des US-Hochkommissars McCloy – und den Folgeregierungen wurden 99 Prozent der führenden Nazi-Aktivisten im Staatsapparat und in den Medien belassen. Und zweitens haben die USA tausende Nazi-Kollaborateure aus Osteuropa aufgenommen, finanziert und in Reserve gehalten. Und drittens haben die USA mit NATO und Europäischer Union nach 1990 überall in den ex-sozialistischen Staaten Osteuropas bei Bedarf auch rechtsradikale, nationalistische, rassistische, faschistoide Kräfte gefördert und an die Regierung gebracht – in Kroatien, Polen, Ungarn, im Baltikum und so weiter, auch in der Ukraine. Also die Kapital-Demokratie nach US-Muster ist im Bedarfsfall immer nach rechts und ganz rechts offen.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Der britische Geograph Halford McKinder sagte schon 1904: „Wer das Herzland beherrscht, beherrscht die Welt.“ Was meinte er mit „Herzland“ und inwieweit haben seine Gedanken die US-amerikanische Geopolitik geprägt?*

Werner Rügemer: Mit Herzland meinte er das damalige Russische Reich, als riesiges Territorium mit seinen Ressourcen. Die USA brauchten seine Gedanken nicht, sie kamen in ihrer eigenen Logik zu ähnlichen Schlüssen. Deshalb marschierten US-Militärs nach dem 1. Weltkrieg in Russland ein, gemeinsam nicht nur mit ihren Alliierten, sondern auch mit dem Kriegsgegner Deutschland: Die Sowjet-Regierung sollte vernichtet werden. Das gelang damals nicht, weil die Rote Armee zu viel Unterstützung in der russischen Bevölkerung hatte.

Aber das Ziel blieb bis heute. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verkündete das der langjährige US-Berater Zbigniew Brzezinski 1997 in seinem Buch „[Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft](#)“: Damit die USA sich auf Dauer als einzige Weltmacht halten können, auch gegen aufstrebende Konkurrenten wie China, brauchen sie Eurasien „von Lissabon bis Wladivostok“. Brzezinski fügte hinzu: Der Schlüsselstaat für die Beherrschung Eurasiens ist die Ukraine.

Schon damals machte die NATO, wie Brzezinski lobte, gemeinsame Manöver mit dem ukrainischen Militär. Auch die politisch dafür geeigneten, antirussischen Kräfte standen parat: Nach 1945 hatten die US-Geheimdienste ukrainische Nazi-Kollaborateure in ihre Dienste geholt. Ein Teil wurde in den USA alimentiert. Bekannt ist die antisemitisch-faschistische Führungsfigur Stepan Bandera, der mit den

Nazi-Besetzern zusammengearbeitet hatte. Er wurde nach dem 2. Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland postiert, in München, und konnte hier seine Exil-Organisation Ukrainischer Nationalisten weiterführen. Hier in München finanzierten die USA ein vielfältiges Zentrum für offene und verdeckte Operationen in den sozialistischen Staaten, etwa mit Radio Free Europe / Radio Liberty: Der Sitz blieb bis 1995 in München, dann wurde er nach Osten verlegt, nach Prag. Nach 1990 wurde Bandera, auch von den USA gefördert, in der Ukraine zum Nationalhelden stilisiert, seine alte wie neue Anhängerschaft gewann an Einfluss.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Welche US-amerikanischen Unternehmen haben Geschäftsinteressen in der Ukraine? Und kann das auch mit dem jetzigen Krieg gut gehen?*

Werner Rügemer: In der Ukraine sind zahlreiche US-Akteure aktiv, seit Jahrzehnten. Die dem US State Department unterstehende Behörde USAID (United States Agency for International Development) hat seit den 1990er-Jahren bei der Organisation von Wahlen geholfen, Stipendien vergeben, Medien mitbegründet.

Der weltgrößte Zigarettenkonzern Philip Morris hat ab 1994 die Zigarettenfabriken aufgekauft und produziert mit billigsten Arbeitskräften und extrem niedriger Zigarettensteuer vor allem für den Export und den Schmuggel. Die Europäische Kommission hat wegen der Steuerverluste in EU-Mitgliedsstaaten protestiert, aber ohne Erfolg.

Die großen US-Konzerne des Agrobusiness beherrschen die Landwirtschaft der Ukraine, so John Deere (Landmaschinen, Silos), Monsanto (Saatgut) und Cargill (internationaler Getreidehandel). Sie profitieren wie tausende andere westlichen Unternehmen vom niedrigsten gesetzlichen Mindestlohn Europas, er beträgt 1,21 Euro pro Stunde – 2015 bei der Ersteinführung hatte er 34 Cent betragen.

Die US-dominierte Weltbank vergab Kredite an den völlig überschuldeten Staat, BlackRock handelt mit ukrainischen Staatsanleihen. Die größten Gewinne machen die Rüstungs- und die Fracking-Konzerne, wo überall BlackRock, Vanguard & Co. zu den führenden Aktionären gehören.

Und BlackRock ist jetzt auch offizieller Koordinator für den „Wiederaufbau“. Je mehr jetzt im Krieg zerstört wird und je länger das dauert – umso lukrativer ist nicht nur die Zerstörung, sondern auch der Wiederaufbau danach.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Früher schien die Bundesrepublik Deutschland ein Schlüsselstaat für die US-Geopolitik Richtung Osten gewesen zu sein – jetzt betreiben die USA die Demontage Deutschlands, etwa durch die [Sprengung der Nordstream-Pipelines](#)?*

Werner Rügemer: Ja, nach 1945 war die Bundesrepublik der wichtigste Frontstaat der USA in Richtung Osten, auch wegen des aus dem Faschismus übernommenen, weiter gepflegten antikommunistischen Potentials. Aber mit der Osterweiterung der NATO und der EU haben die USA die Front weiter in Richtung Russland verschoben.

Damit bekamen die besonders antirussisch geführten Staaten wie Polen, Litauen, Rumänien, Kroatien ein zusätzliches Gewicht, auch industriell, etwa für US-Raketenstandorte und als neue Zulieferstandorte für die e-Mobilität. Deutschland wird de-industrialisiert, einerseits. Andererseits wird Deutschland re-industrialisiert: Aber die höchsten Subventionen gehen an US-Konzerne wie Intel, Tesla und den taiwanesischen Konzern TSMC. Auch der [größte „deutsche“ Rüstungskonzern Rheinmetall](#) ist inzwischen ein US-Konzern: 9 der 10 führenden Aktionäre kommen wie BlackRock aus den USA. Und auch der einzige der 10 Aktionäre, der nicht aus den USA kommt, kommt aus einem anderen Staat: der norwegische Staatskonzern Norges. Aber Deutschland dient weiter gut als größter europäischer Standort für US-Militärstützpunkte.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Wird sich der Ukraine-Krieg Ihrer Meinung nach noch lange hinziehen? Würde der [Konflikt NATO-Russland](#) in eine weitere Runde gehen? Und gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma?*

Werner Rügemer: Die Beherrschung nicht nur Westeuropas, Europas, sondern ganz Eurasiens „von Lissabon bis Wladiwostok“ gehört zu den Essentials der US-Geopolitik. Zuerst, auch für die Gründung der NATO, wurde das mit der „kommunistischen Gefahr“ und dem „Warschauer Pakt“ begründet. Als diese „Gefahr“ weg war und die [Begründung für die NATO wegfiel](#), wurde die Begründung geändert und die NATO immer weiter ausgebaut, mit zusätzlichen US-Militärstützpunkten etwa im Kosovo, in Polen und Rumänien.

Die Ukraine ist, wie schon Brzezinski erklärte, nur ein Zwischenschritt. Ein [Waffenstillstand in der Ukraine und der Wiederaufbau](#) würde bedeuten: die Ukraine wird noch mehr von westlichen Investoren durchdrungen – koordiniert vom Kapitalorganisator BlackRock, der mit Managern in der US-Regierung vertreten ist und die Europäische Zentralbank berät. Der US-Rüstungskonzern Rheinmetall hat mit der Selenskij-Regierung schon jetzt den Bau einer neuen Panzerfabrik abgesprochen. Mit dem NATO-Mitglied hat sich eine neue Direktgrenze zu Russland ergeben, 1.300 Kilometer lang.

Der vielleicht wichtigste Grund für diesen von den USA intensivierten Endloskrieg ist der wirtschaftliche und weltpolitische Aufstieg der [Volksrepublik China](#), die von ihr angestoßenen, sich erweiternden [kontinentalen Bündnisse wie BRICS](#), sowie die enge Kooperation Chinas mit Russland, dessen Territorium, dessen Entwicklungspotential und dessen auch nukleare Militärmacht. Zur US-Doktrin des nuklearen Erstschlags gehört, übrigens seit dem BRD-Gründungskanzler Konrad Adenauer, Deutschland und Mitteleuropa als mögliches Gefechtsfeld. In fünf europäischen Staaten lagern die USA Atombomben: Deutschland, Belgien, Niederlande, Italien, Türkei.

Der Ausweg aus diesem Dilemma, aus dieser Gefahr besteht neben dem jeweils nationalen Widerstand darin, dass Europa sich in die Neu-Organisation des immer größeren „Restes“ der Welt einklinkt. Diese Neuorganisation ist am UN-Völkerrecht und den UN-Menschenrechten orientiert, einschließlich der Sozial- und Arbeitsrechte. Das bedeutet unter anderem: „inklusive“ Globalisierung ohne militärische Begleitung, Aufbau material- und handelsgebundener Währungen, kultureller Austausch.

Zur Person: Der Publizist Dr. Werner Rügemer ist Autor unter anderem von „Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts“, „Imperium EU - Arbeitsunrecht, Krise, neue Gegenwehr“ und „Blackrock & Co enteignen“. Zuletzt erschien sein Buch „Verhängnisvolle Freundschaft. Wie die USA Europa eroberten. 1. Stufe: Vom 1. zum 2. Weltkrieg.“ Im Papyrossa Verlag, Köln.

Weiterlesen

- [DWN Exklusiv: Amerikas Statthalter von Adenauer bis Merkel](#)
- [Zerstörte Panzer und verlorene Aufträge: Wie steht es um Rheinmetall?](#)
- [Interview: Wie die NATO mittels „Kognitiver Kriegsführung“ manipuliert](#)
- [Günter Verheugen: „Die NATO ist nicht das Problem - ihre gegenwärtige Politik ist das Problem“](#)
- [Ukraine-Krieg: Es geht schlicht um die Neuordnung Europas](#)
- [Yuan überholt Dollar in Chinas Außenhandel](#)
- [„Der Ukrainekrieg könnte zur Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts werden“](#)
-

xx

[Sprengung der Nord Streams: Wessen Interessen vertritt die deutsche Regierung?](#)

von Anti-Spiegel, Thomas Röper, 27. September 2023

Vor einem Jahr wurden die Nord-Stream-Pipelines gesprengt. Die Bundesregierung ist an Aufklärung nicht interessiert, sondern zelebriert die Freundschaft mit den als Tätern in Frage kommenden Staaten. So haben sich in der Vergangenheit nur Kolonien gegenüber ihren Kolonialmächten verhalten.



Die Nord-Stream-Sprengung war, darauf muss hingewiesen werden, der größte Terrorakt der Geschichte, wenn man nach der Schadenssumme geht, denn sie übertrifft selbst 9/11 bei weitem. Der Grund dafür ist, dass der Schaden nicht nur die zerstörten Pipelines sind, sondern auch die Folgeschäden, wie die explodierte Energiepreise, die Gaskrise und die daraus folgende Deindustrialisierung Deutschlands, die mittlerweile auch [die Mainstream-Medien nicht mehr bestreiten](#). Der Gesamtschaden des Terroranschlages ist

immer noch nicht absehbar, aber wenn man nur den Wert der Pipelines (ca. 20 Milliarden Euro) und die Hilfspakete der Bundesregierung zur Abfederung der explodierten Energiekosten (weit über 200 Milliarden Euro) nimmt, wird klar, über welche Summen wir reden. Fakt ist, dass dieser Terrorakt Deutschland so schweren Schaden zugefügt hat, wie kein anderes Ereignis seit 1945.

Die Bundesregierung zeigt aber kein Interesse an der Aufklärung des für Deutschland so ruinösen Terroranschlags. Mehr noch: Die Bundesregierung hält sich mit Forderungen, die Schuldigen nicht nur zu ermitteln, sondern auch zu bestrafen und Schadenersatz von den verantwortlichen Staaten zu fordern, zurück. Dass die Täter Staaten waren, ist unbestritten, es gäbe also die Möglichkeit, Schadenersatz zu fordern.

In einem Artikel zum Jahrestag der Sprengung hat sogar [die Tagesschau geschrieben](#):

„Bundeskanzler Scholz sagt seit einem Jahr immer wieder, das Aufklärungsinteresse sei „sehr groß“. Aber stimmt das? Die Nord-Stream-Anschläge sind politisch so brisant – wäre es nicht denkbar, dass die Bundesregierung lieber nicht wissen will, wer dahintersteckt?“

Ein kriegerischer Akt gegen Deutschland

Heute gibt es zwei Versionen über die Täterschaft. Die eine ist die Recherche von Seymour Hersh, der zufolge die US-Regierung die Nord-Streams unter Mittäterschaft Norwegens gesprengt hat. Die andere ist die Abenteuergeschichte der westlichen Medien, der zufolge die Nord-Streams von sechs pro-ukrainischen Aktivisten von einem Segelboot aus gesprengt wurden. Welche der Versionen ich für die wahrscheinlichste halte, ist bekannt, aber darum soll es hier gar nicht gehen.

Beiden Versionen zufolge haben angebliche Verbündete Deutschlands die Nord Streams gesprengt, entweder die USA oder die Ukraine. Niemand bestreitet mehr, dass ein Staat hinter dem Terroranschlag steckt, die Frage, die die Medien, die mit dem Finger auf die Ukraine zeigen, diskutieren, ist nur noch, ob Selensky davon wusste, oder ob seine Streitkräfte oder Geheimdienste das hinter seinem Rücken getan haben.

Da ein Staat hinter dem Anschlag steckt, wird aus dem Terroranschlag ein kriegerischer Akt. Entweder die USA oder die Ukraine haben die wichtigste Energieinfrastruktur Deutschlands angegriffen und der deutschen Wirtschaft unwiederbringlichen Schaden zugefügt, dessen Folgen auch jeden einzelnen Menschen in Deutschland getroffen haben, zum Beispiel durch die explodierten Energiepreise.

Wir erinnern uns an 9/11, als angeblich Afghanistan hinter den Anschlägen auf das World Trade Center stand, was für die USA ein Grund für den Krieg gegen Afghanistan und andere islamische Länder war. Sogar der NATO-Verteidigungsfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages wurde deswegen ausgerufen.

Die Kolonie Deutschland

Und heute? Die deutsche Regierung hat nichts dergleichen getan, sie hat de facto gar nicht auf die Explosionen reagiert, hat danach alle Ermittlungsergebnisse geheim gehalten und tut das bis heute. Als Russland Anfang 2023 im UN-Sicherheitsrat eine unabhängige Untersuchung der Sprengung [gefordert hat](#), war die Bundesregierung dagegen und auch die anderen westlichen Länder haben das abgelehnt. Allen voran natürlich die USA.

Die deutsche Bundesregierung hat die Sprengung schulterzuckend zugelassen und auch danach nicht reagiert. Im Gegenteil.

Den Täter bezahlen?

Laut den Medienberichten über das Thema führen alle Spuren nach Kiew, was demnach auch deutsche Ermittler und Quellen in der Regierung hinter vorgehaltener Hand bestätigen. Das würde bedeuten, dass die Ukraine einen kriegerischen Akt gegen Deutschland verübt hat. Aber die deutsche Regierung fordert nicht etwa die Bestrafung der Schuldigen, sondern schickt Kiew stattdessen weiterhin Milliarden von Euros und Waffen im Wert von weiteren Milliarden.

Das wäre so, als hätten die USA auf 9/11 reagiert, indem sie die Taliban in Afghanistan mit Geld und Waffen beliefern. Das zeigt, wie absurd sich die Bundesregierung verhält.

Auch all die infantilen Erklärungen der deutschen Politiker und Medien, man müsse auf russisches Gas verzichten, solange Russland seine Militäroperation in der Ukraine durchführt, oder solange Putin Präsident ist, sind Unsinn, denn Deutschland kauft weiterhin russisches Gas, nun aber teurer. Die EU ist nun zum [größten Abnehmer von russischem Flüssiggas](#) geworden.

Das russische Gas nimmt Deutschland also weiterhin, nur bezahlt es dafür viel mehr als früher, als es

noch kostengünstig durch die Pipeline gekommen ist. Die Bundesregierung und auch die EU schaden also der eigenen Wirtschaft und den Menschen in Deutschland und Europa, anstatt Aufklärung über den kriegerischen Akt zu fordern, der gegen sie begangen wurde.

So haben sich im 19. Jahrhundert die britischen Kolonien verhalten, als London ihnen vorgeschrieben hat, was sie zu tun und zu lassen haben. Damals hat Großbritannien diese Länder ausgeplündert und ihre Regierungen, die nichts anderes als Marionetten Londons waren, haben sich das gefallen lassen. Die Parallelen zum Verhalten der heutigen Bundesregierung sind nicht zu übersehen.

Wusste Scholz vorher von den Plänen der USA?

Seymour Hersh hat am Jahrestag des Kriegsaktes gegen Deutschland einen weiteren Artikel mit neuen Informationen veröffentlicht, den ich [übersetzt habe](#). Darin behauptet Hersh, dass Scholz schon früh über die Pläne der US-Regierung, die Nord Streams zu sprengen, informiert war. Abgesehen davon, dass Hersh dafür eigene Quellen zitiert, ist das aber nicht wirklich überraschend, wie ein Blick auf die Chronologie zeigt.

Am 21. Juli 2021 haben Deutschland und die USA die [„Gemeinsame Erklärung der USA und Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und unserer Klimaziele“](#) veröffentlicht, über die ich damals berichtet habe. In meinem [Artikel](#) bin ich vor allem darauf eingegangen, dass Deutschland wegen Nord Stream 2 eine Menge Geld an die Ukraine zahlen sollte.

Aus heutiger Sicht, also nach der Sprengung der Nord Streams, ist aber ein anderer Abschnitt der Erklärung interessanter. Er lautet:

„Sollte Russland versuchen, Energie als Waffe zu benutzen, oder weitere aggressive Handlungen gegen die Ukraine begehen, wird Deutschland auf nationaler Ebene handeln und in der Europäischen Union auf effektive Maßnahmen einschließlich Sanktionen drängen, um die russischen Kapazitäten für Exporte nach Europa im Energiesektor, auch in Bezug auf Gas, zu beschränken, bzw. auf effektive Maßnahmen auf anderen wirtschaftlich relevanten Gebieten. Diese Zusage zielt darauf ab sicherzustellen, dass Russland keine Pipeline, einschließlich Nord Stream 2, zur Erreichung aggressiver politischer Ziele einsetzt, indem es Energie als Waffe nutzt.“

Aus heutiger Sicht kann man das so interpretieren, als könnte Deutschland schon damals auf Druck der USA einer Sabotage der Nord Streams zugestimmt haben. Das ist natürlich Spekulation, aber was ist besser geeignet, „sicherzustellen, dass Russland keine Pipeline, einschließlich Nord Stream 2, zur Erreichung aggressiver politischer Ziele einsetzt“ als die Sprengung der Pipelines?

Was jedoch keine Spekulation ist, ist die Tatsache, dass US-Präsident Joe Biden zusammen mit Bundeskanzler Scholz am 7. Februar 2022 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärt hat:

„Wenn Russland einmarschiert – und das bedeutet, dass Panzer und Truppen wieder die Grenze zur Ukraine überqueren -, wird es Nord Stream 2 nicht mehr geben. Wir werden ihr ein Ende setzen.“

Und auf Nachfrage der Journalistin, wie er dies tun könne, da die Pipeline unter deutscher Kontrolle stehe, antwortete er:

„Wir werden es tun, das verspreche ich Ihnen, wir werden dazu in der Lage sein.“

Da die Frage an beide gerichtet war, antwortete auch Scholz:

„Wir handeln gemeinsam. Wir sind uns absolut einig, und wir werden keine unterschiedlichen Schritte unternehmen. Wir werden die gleichen Schritte tun, und sie werden für Russland sehr, sehr hart sein, und das sollten sie verstehen.“

Scholz hat Biden, ohne Widerworte einzulegen, erlaubt zu sagen, dass die USA der für Deutschland so wichtigen Infrastruktur „ein Ende zu setzen“. Und Scholz war, wie die Bilder der Pressekonferenz zeigen, von Bidens Aussage keineswegs überrascht. Das legt den Verdacht nahe, dass Scholz von den US-Plänen wusste.

Laut Hersh ist das sicher, denn er schreibt darüber:

„Der deutsche Regierungschef galt damals – und gilt auch heute noch – bei einigen Mitgliedern des CIA-Teams als voll im Bilde über die geheimen Pläne zur Zerstörung der Pipelines.“

Auch ohne die Behauptung von Hersh liegt der Verdacht nahe, dass Scholz im Vorwege informiert war, wie diese Aussagen und auch seine Nicht-Reaktion auf die Sprengung der Pipelines im September 2022 zeigt.

Und noch etwas deutet darauf hin, denn nachdem Hersh am 8. Februar 2023 seinen ersten Artikel über die Nord-Stream-Sprengung durch die US-Regierung veröffentlicht hat, hat es keinen Monat gedauert, bis Scholz ganz alleine, also ohne Berater und Presse, [am 3. März nach Washington geflogen](#) ist, um Joe Biden unter vier Augen zu treffen. Und nur vier Tage später haben US-amerikanische und deutsche Medien am gleichen Tag die [Geschichte von den pro-ukrainischen Hobbytauchern veröffentlicht](#), die die Nord Streams von einem kleinen Segelboot aus gesprengt haben sollen.

Man muss keine große Fantasie haben, um zu verstehen, warum Biden Scholz am 3. März zu sich zitiert hat. Scholz wurde über das geplante mediale Ablenkungsmanöver informiert und instruiert. Das zumindest hat [Seymour Hersh danach berichtet](#).

Für diese Behauptung mag man Seymour Hersh oder auch mich einen „Verschwörungsideologen“ nennen, aber wer glaubt, dass all das nur Zufälle waren, den nenne ich einen „Zufallsideologen“.

xxx

Auf dem Weg in die Einsamkeit

RALF JAKSCH, 26.09.2023

Wirtschafts- und Energiepolitik, Migration, Außenpolitik – die Liste der Themen wird immer länger, bei denen die Grünen mit ihren Positionen allein dastehen. Nicht nur, dass sie in der Koalition zusehends isoliert sind, auch die Union hat inzwischen auf Bundesebene jeden Versuch der politischen Annäherung aufgegeben. Die Grünen sind auf dem Weg in die Einsamkeit.



Katzenjammer statt Aufbruch. Die Grünen befinden sich auf dem Weg in die Selbstisolation. (Foto: dpa)

Die Nachricht sorgte selbst bei dem Teil der SPD für Unverständnis, der es bisher gut mit dem grünen Partner meinte. Der Bundeswirtschaftsminister und Grünen-Vizekanzler Robert Habeck hatte in einem Entwurf zu einer Förderrichtlinie verfügt, den Umstieg auf Pellets-Heizungen nur dann zu fördern, wenn sie mit Wärmepumpen

kombiniert werden. Seitdem läuft die SPD als auch die FDP dagegen Sturm, denn der Vorstoß Habecks war nicht nur mit den Partnern nicht abgesprochen – SPD und FDP sehen in der neuen Förderrichtlinie vielmehr einen trickreichen Versuch des Bundeswirtschaftsministers, einen mühsam gefundenen Kompromiss in einem entscheidenden Punkt auszuhebeln und nachträglich im Sinne der Grünen auszulegen. In einer Erklärung haben die Vizefraktionschefs der SPD darauf hingewiesen, dass der Vorstoß aus dem Hause Habecks nicht den getroffenen Absprachen entspreche, da diese auch das Heizen mit Holz und Pellets als förderfähig eingestuft hätten.

Maximalforderungen der Grünen

Der Streit um die kreative Auslegung eines Kompromisses ist nur das jüngste Beispiel eines Prozesses der Entfremdung. Sei es die Wirtschafts- und Energiepolitik, sei es Außenpolitik oder Fragen von Asyl und Migration – die Grünen stoßen mit ihren Maximalforderungen auf immer mehr Unverständnis.

Entgeistert beobachten die Koalitionspartner von SPD und FDP, wie Bundeswirtschaftsminister Habeck statt sich um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschlands zu kümmern, drauf und dran ist, der für Deutschland so wichtigen Exportindustrie Knüppel zwischen die Beine zu werfen, als er – abermals über eine Förderrichtlinie – anordnete, dass Exporte nur noch dann die volle Förderung des Bundes erhalten, wenn sie umweltverträglich sind.

Davor hatte es Habeck schon geschafft, mit einer verunglückten Gasumlage und einem verkorksten Heizungsgesetz für maximale Verwirrung zu sorgen. Irritiert beobachten die Koalitionspartner, wie Habeck es geradezu mühelos schafft, weite Teile der Industrie gegen sich und die gesamte Bundesregierung aufzubringen.

Fragwürdige Auftritte

Doch nicht nur im Inland sind die Grünen dabei, für Unverständnis zu sorgen. Im Ausland ist gerade Bundesaußenministerin Annalena Baerbock gerade tatkräftig bemüht, Deutschland zu isolieren. Mit wenig diplomatischem Taktgefühl, dafür aber umso größerer Lautstärke, kanzelt Baerbock auf internationaler Bühne so ziemlich alle und jeden ab, der nicht ihren Vorstellungen einer „wertegeleiteten, feministischen Außenpolitik“ entspricht. Der erste, der von Baerbock öffentlich belehrt wurde, war der türkische Außenminister Cavusoglu. Auf offener Bühne maßregelte - ausgerechnet in Ankara - die Besucherin Baerbock den Gastgeber und belehrte ihn in Fragen der Menschenrechte. Eine derartige Missachtung hat die Türkei bis heute nicht vergessen. Dies wiegt umso schwerer als die Türkei, die als eine der wenigen Länder im Westen noch über einen verlässlichen Gesprächskontakt mit Russland verfügt, dringend gebraucht wird, wenn es etwa um die Vermittlung eines Getreideabkommens zwischen Russland und der Ukraine geht.

Doch einmal so richtig in Fahrt gekommen, gab Baerbock wenig später im Europarat zum Besten, dass man sich mit Russland im Krieg befinde. Die Mitglieder im Europarat schwankten zwischen Erstaunen und Entsetzen. Kurz danach ließ Baerbock auch den obersten politischen Repräsentanten von Deutschlands wichtigsten Handelspartner öffentlich wissen, was sie von ihm hält, als sie Chinas Regierungschef in einem Fernsehinterview einen Diktator nannte. Den letzten Streich legte die Bundesregierung hin, als sie, nicht zuletzt aufgrund der rigiden Haltung der Grünen, einen lang zuvor ausgehandelten europäischen Asylkompromiss blockierte. Der frühere SPD-Außenminister Sigmar Gabriel sprach nicht wenigen aus dem Herzen, als er in einem Gastkommentar Baerbock vorhielt, „Außenpolitik mit dem Megafon“ betreiben zu wollen.

Offene Führungsfrage

Zu all den sachlichen Differenzen kommt bei den Grünen noch ein Führungsproblem dazu. Es hat zur Folge, dass bei den Grünen viele mitreden, aber keiner wirklich entscheidet. Inzwischen massieren sich Vertreter der Koalitionsparteien SPD und FDP gleichermaßen genervt die Schläfen, wenn es um das Thema „Absprachen mit den Grünen“ geht. Formell ist Bundeswirtschaftsminister Habeck Vizekanzler – und damit eigentlich Verhandlungsführer der Grünen in der Koalition. Doch Habecks Wort ist bei den Grünen nur von minderem Gewicht. Argwöhnisch beobachtet wird er von Außenministerin Baerbock, die sich selbst berufen sieht, an der Spitze zu stehen. Um die Selbstblockade aufzulösen, erdachten die Grünen eine Secherrunde, bestehend aus Habeck, Baerbock, den beiden Fraktionschefinnen und den beiden Parteivorsitzenden. Das Problem ist nur, in dieser Runde wird ziemlich viel besprochen und eher wenig entschieden.

Das alles führt am Ende immer mehr dazu, dass die SPD unter Kanzler Scholz sich eher mit der FDP verständigt – und die Grünen das Nachsehen haben. Letztes Beispiel war nun der Wohnungsgipfel, auf dem Scholz ohne viel Federlesens grüne Vorstellungen vom ökologischen Bauen kassierte.

Inzwischen hat es aber auch die Union aufgegeben, den Grünen Avancen zu machen – trotz der Zusammenarbeit in manchen Ländern. Immer mehr Christdemokraten und -sozialen dämmert es, dass eine Liaison mit den Grünen zumindest auf Bundesebene in den eigenen Reihen kaum noch vermittelbar ist. Und so fällt es den Grünen zusehends schwer, für ihre Anliegen noch Partner zu finden.

Weiterlesen

- [Des Robert Habeck Niedergang](#)
- [Neuer Habeck-Plan verstört deutsche Export-Wirtschaft](#)
- [Deutschland blockiert Asyl-Kompromiss in der EU](#)

xxx

Chemiebranche enttäuscht: Energiekosten bleiben hoch

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN, 27.09.2023

Die Bundesregierung hat der Chemiebranche in einem Spitzengespräch am Mittwoch Unterstützung zugesichert. Doch Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten fehlen.

Die Bundesregierung hat nach einem Spitzengespräch mit Vertretern der Chemieindustrie ihre Unterstützung für die kriselnde Branche unterstrichen. "Die chemische Industrie ist eine der wichtigsten Branchen der deutschen Volkswirtschaft", hieß es in einer Erklärung der Bundesregierung nach dem Treffen am Mittwoch. Man habe sich darauf verständigt, dass eine wettbewerbsfähige Energie- und Rohstoffversorgung, der Abbau bürokratischer Hürden, eine ausgewogene Regulierung in Europa, gezielte Förderung von Innovationen und Fachkräftesicherung notwendige Rahmenbedingungen für die Branche seien.



Kolonnen zur Phenolherstellung bei der Domo Chemicals GmbH in Leuna. (Foto: dpa)

Die Chemiebranche zeigte sich enttäuscht, dass keine Maßnahmen zur Senkung der hohen Energiekosten für die energieintensive Branche beschlossen wurden.

"Leider hat sich unsere Hoffnung auf eine kurzfristige Entscheidung bei den viel zu hohen Strompreisen nicht

erfüllt", erklärte der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), Markus Steilemann. "Hier muss die Bundesregierung noch im Oktober zu einer Einigung über ein kurzfristiges Energiepaket kommen, um den Strompreis sehr schnell zu senken."

Der Chef der Gewerkschaft IGBCE, Michael Vassiliadis, gab sich ebenfalls ernüchert. Das Hauptthema sei nicht gelöst worden. "Das ist etwas enttäuschend." Langfristig gesehen seien aber Fragen wie die Versorgung der Industrie mit grünem Strom auf dem Weg. Da habe die Regierung durchaus konkrete Punkte zusammengefasst.

"Wir wollen alles daran setzen, dass der Chemiestandort nachhaltig und wettbewerbsfähig aufgestellt wird in Deutschland", sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). "Das ist ein echtes Commitment gewesen heute." NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sagte, das Problembewusstsein sei zwar bei der Bundesregierung klar erkennbar. Es sei nicht zu einer konkreten Lösung gekommen.

Die Chemiebranche als größter Gasverbraucher in Deutschland schlägt bereits seit längerem wegen der gestiegenen Energiepreise Alarm. Noch dazu ächzt sie unter schwacher Nachfrage - im zweiten Quartal brach die chemische Produktion um gut 14 Prozent ein.

Trotz Widerstands innerhalb der Ampel-Regierung setzt Bundeswirtschaftsminister Roland Habeck weiter auf einen nach unten subventionierten Industriestrompreis. Bundeskanzler Scholz (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) sind bislang aber skeptisch. Zuletzt hatten die 16 Bundesländer sich den Forderungen nach einem subventionierten Strompreis angeschlossen.

Nach dem "Chemiegipfel" mit Bundeskanzler Scholz hat sich der BASF-Konzern für eine engere Zusammenarbeit ausgesprochen. Das Gespräch sei "äußerst wichtig" gewesen, "aber **nur ein erster Schritt hin zu einem Chemiepaket zwischen Industrie, Gewerkschaften und Politik**", teilte BASF-Vorstandsmitglied Melanie Maas-Brunner am Mittwoch mit. Man werde daran auch weiter tatkräftig mitwirken. "Nur wenn die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie schnell wiederhergestellt wird, können wir unsere vielfältigen Zukunftsaufgaben am Standort Deutschland erfüllen." (Reuters/dpa-AFX)